Stadt Bopfingen

Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer in Bopfingen vom 17.12.2009, zuletzt geändert am 24.09.2020 (aktuelle Fassung Stand 2021)

Aufgrund der §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sowie der §§ 2,8 Abs. 2, und 9 des Kommunalabgabengesetzes für Baden Württemberg hat der Gemeinderat der Stadt Bopfingen am 30.01.2025 folgende Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer in Bopfingen beschlossen:

§ 1

§ 5 Ziffer 1 wird wie folgt abgeändert:

Die Steuer beträgt im Kalenderjahr für jeden Hund 108,00 Euro. Für das Halten eines Kampfhundes gem. Abs. 3 und eines gefährlichen Hundes gem. Abs. 5 beträgt der Steuersatz abweichend 720,00 Euro. Beginnt oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres, beträgt die Steuer den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Bruchteil der Jahressteuer.

§ 5 Ziffer 2 wird wie folgt abgeändert:

Hält ein Hundehalter im Stadtgebiet mehrere Hunde. So erhöht sich der nach Abs. 1 geltende Steuersatz für den zweiten und jeden weiteren Hund auf 216,00 Euro, für den zweiten und jeden weiteren Kampfhund auf 936,00 Euro. Steuerfreie Hunde (§ 6) sowie Hunde in einem Zwinger (§ 7) bleiben hierbei außer Betracht.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2025 in Kraft. Bopfingen, den 30.01.2025

gez.

Dr. Gunter Bühler

Bürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind. Unbeachtlich sind ferner nach § 2 Abs. 2 KAG Mängel bei der Beschlussfassung über Abgabesätze, wenn sie zu einer nur geringfügigen Kostenüberdeckung führen.